

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Niederschrift

über die 3. Sondersitzung des Sozial- und  
Kulturausschusses  
öffentlicher Teil

Köthen (Anhalt), 10.02.2017

Die Sitzung fand statt:

Datum : 09.02.2017	Ort : 06366 K ö t h e n ( A n h a l t )
Beginn : 18:30	Straße : Wallstraße 1 - 5, R. 217, beginnend,
Ende : 20:47	Raum : Umverlegung in den Ratssaal des Rathauses wegen Überfüllung des Raumes

Anwesende Mitglieder  
lt. Teilnehmerliste :

(siehe Anhang)

Von der Verwaltung  
waren anwesend :

OB Bernd Hauschild  
Alexander Frolow (Dezernent D 3)  
Birgit Schlendorn (Amtsleiterin Amt 40)  
Diana Vogel (Sachbearbeiterin Amt 40)  
Ilona Häckel (Leiterin RB)  
Birgit Leps (Leiterin RPA)  
Caroline Hebestreit (Pressereferentin)

Außerdem waren  
anwesend (Gäste) :

StR Gahler  
StRn Lange  
StR Müller  
Mitteldeutsche Zeitung  
Herr Schuster, Herr Ratzel und Frau Kusmirek  
von der Köthen Kultur und Marketing GmbH  
zahlreiche Eltern und weitere Gäste

Tagungsleitung :

Herr Dr. Rüdiger Buchheim

Schriftführer :

Silke Cäsar

**Ausschussvorsitz  
Stellvertretend**

**Dezernent**

**Protokollführer**



## Tagesordnung

TOP	Thema	Vorl.-Nr.
1	Eröffnung	
1.1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Ordnungsmäßigkeit der Ladung	-
2	Behandlung der öffentlichen TOPs	
2.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (öffentlicher Teil)	-
2.2	Informationen der Verwaltung (öffentlicher Teil)	-
2.3	Bestätigung der Tagesordnung (öffentlicher Teil)	-
2.4	Satzung der Stadt Köthen (Anhalt) über die Aufnahme und Betreuung von Kindern in kommunalen Tageseinrichtungen	2017011/1
2.5	Satzung der Stadt Köthen (Anhalt) über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege(Elternbeitragssatzung)	2017010/1
2.6	Gesellschaftsvertrag der Köthen Kultur und Marketing GmbH (KKM)	2017024/1
2.7	Anfragen und Anregungen (öffentlicher Teil)	-
3	Behandlung der nichtöffentlichen TOPs	
3.1	Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.2	Informationen der Verwaltung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.3	Bestätigung der Tagesordnung (nichtöffentlicher Teil)	-
3.4	Anfragen und Anregungen (nichtöffentlicher Teil)	-

## **Protokolltext**

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1 – Eröffnung**

Nach § 5 Abs. 2 der Geschäftsordnung eröffnet der an Jahren Älteste, StR Dr. Buchheim, die Sitzung und legt den Leitenden des Ausschusses fest, da die Vorsitzende und die Stellvertretende des Ausschusses an der Sitzung nicht teilnehmen können.

Da sehr viele Gäste an der Sitzung teilnehmen möchten und die Raumkapazität in der Wallstraße nicht ausreicht, wird die Fortführung der Sitzung in den Ratssaal des Rathauses verlegt.

**StR Dr. Buchheim** eröffnet die Wahl um den Ausschussvorsitz. StR Heeg schlägt vor, dass StR Dr. Buchheim die Sitzung selbst leitet, was einstimmig angenommen wird.

#### **TOP 1.1 – Feststellung Beschlussfähigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Ladung**

Die Beschlussfähigkeit und die Ordnungsmäßigkeit der Ladung werden festgestellt.

#### **TOP 2.1 – Bestätigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

**StR Heeg** bemängelt die Anwesenheitsliste der letzten Sitzung, wo nicht konkret ausgeführt wurde, zu welchem TOP die später kommenden Ausschussmitglieder hinzugekommen sind, was eine Nachvollziehbarkeit der Abstimmungen nach sich ziehe. Auch fehle der OB in der Anwesenheitsliste.

Zur Niederschrift der letzten Sitzung ist anzumerken, dass der sachkundige Einwohner Herr Lehmann irrtümlich als Stadtrat bezeichnet wurde.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.01.2017 wird bei 3 Enthaltungen bestätigt.

#### **TOP 2.2 – Informationen der Verwaltung**

keine

#### **TOP 2.3. – Bestätigung der Tagesordnung öffentlicher Teil**

Herr Meier spricht sich dafür aus, dass Gäste ein Rederecht von 3 Minuten bekommen.

Die Tagesordnung öffentlicher Teil wird einstimmig angenommen.

#### **TOP 2.4 – Satzung der Stadt Köthen (Anhalt) über die Aufnahme und Betreuung von Kindern in den kommunalen Tageseinrichtungen**

und

#### **TOP 2.5 - Satzung der Stadt Köthen (Anhalt) über die Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (Elternbeitragssatzung)**

**StR Maaß** stellt den Antrag der gemeinsamen Diskussion und Abstimmung der TOPs 2.4 und 2.5, was einstimmig angenommen wird.

Er bittet darum, dass alle offenen Fragen bis zum Ende ausdiskutiert werden.

Es ist zu prüfen, inwieweit eine Kostenunverhältnismäßigkeit besteht. Die Veranstaltung soll Vertrauen schaffen. Es gab noch nie eine so hohe Beteiligung von Bürgern an einer Sitzung.

Die Stadträte haben eine hohe Verantwortung für die Themen. Ein 3 x 3-minütiges Rederecht für Gäste wäre prinzipiell auch machbar.

**StR Heeg** spricht sich im Namen der CDU-Fraktion gegen die Verwaltungsmeinung aus. Die soziale Verträglichkeit ist nicht gegeben. Er rechnet prozentual die Kosten auf, die mit dem Zuschuss vom Land aber nicht aufgefangen werden. Man könne als Maßnahme dann Gebühren erhöhen oder Schulden machen. Das Letztere ist jedoch unzulässig. Also muss nach Lösungen gesucht werden. Die Stadt München hat dafür eine Lösung gefunden. Dort zahlen nur die Eltern, wenn sie mehr als 60.000 Euro im Jahr verdienen. Die anderen Eltern erhalten Rabatte bis zu 100 %. Dies ist sicher in Sachsen-Anhalt nicht machbar. Wenn für ein Kind jedoch zu hohe Kosten im Jahr durch Kitabetreuung entstehen, können sich das viele nicht leisten. Die Verwaltung wird aufgefordert, heute keinen Beschluss zu fassen, auch nicht im Hauptausschuss. Es ist nach einer sozial verträglicheren Lösung zu suchen, dass nur Mehrverdiener mehr bezahlen müssen. Die sozial Schwächeren müssen den Betrag zwar erst zahlen, können aber beim Jugendamt einen Ermäßigungsantrag stellen.

**StR Reisbach** spricht sich im Namen der Freien Wähler ebenfalls gegen die Verwaltungsvorlagen aus. Der Haushalt kann sich nicht zu Lasten der Bürger konsolidiert werden.

**StR Lange** schließt sich im Namen der SPD-Fraktion den Meinungen der Vorredner an. Es gibt schon andere Zahlen von der Verwaltung, die jedoch der Öffentlichkeit vorenthalten wurden. Die Zahlen sind von der Verwaltung schon nach unten korrigiert worden.

**Herr Meier** gibt im Namen der FDP-Fraktion/Bündnis 90/Die Grünen ebenso keine Zustimmung. Es wurden 5 Änderungsanträge eingebracht, die dem Ausschuss ausgereicht wurden. Man könne sich eine Gebührenerhöhung von max. 10 % vorstellen. Herr Meier zitiert die Vorschläge aus den Anträgen. Auf den Antrag Küchen- und Wäscheleistungen geht er nicht näher ein.

**Herr Frolow** legt dar, dass die Verwaltung die Kosten transparent machen wollte mit dieser Vorlage. Die Kosten bei den freien Trägern seien ebenfalls gestiegen. Ob Gebührenerhöhungen erfolgen, läge in der Zuständigkeit der Kommunen. Dies solle heute diskutiert werden. Der Gesamthaushalt müsse im Auge behalten werden. Eine Gebührenprüfung in Hinsicht auf Sozialverträglichkeit wird gemacht. Beim Jugendamt können Kostenübernahmeanträge gestellt werden. Ein Verwaltungsverfahren ist aufwändig. Das erhöhe auch die Kosten zusätzlich. Dieses mache nur in kreisfreien Städten Sinn. Sicher wäre auch für Steuererhöhungen noch nach oben Luft.

**OB Hauschild** argumentiert, dass die Verwaltung die entstehenden Kosten gläsern offenlegen wollte, um zu zeigen, was eine 50 %-ige Erhöhung bedeuten würde. Für 1 Kind bei einer 10-stündigen Betreuung sind 365 Euro herausgekommen. Als ersten Schritt ist man auf 40 % zurückgegangen. Eine Erhöhung ist in Abhängigkeit von der Gestaltung des Gesamthaushaltes zu sehen. Es gibt noch Spielraum nach unten, was aber zu Lasten der Ausführung wesentlicher Aufgaben der Stadt geht. Im Hauptausschuss werden die Kosten für eine 10 %-ige Erhöhung vorgelegt. Der Meinung der Ausschussmitglieder, die Vorlagen nicht zu beschließen, könne er nicht folgen. Im Stadtrat muss der Haushalt beschlossen werden. Im Vorfeld dessen müssen aber alle Ein- und Ausgaben klar sein. Wenn der Haushalt nicht beschlossen werden kann, hat dies Folgen. So kann z. B. die Kita Erlebnisbaum nicht saniert werden. Die Adresse für die Bürger, die mit der Kostenerhöhung nicht einverstanden sind, ist der Landtag. Er ist gern bereit, dorthin mitzukommen, wo das Anliegen vorgetragen werden kann, um gemeinsam dafür zu kämpfen.

**StR Reisbach** ist nicht klar, warum die Bürger mit Planzahlen verunsichert werden, wenn

noch Spielraum nach unten ist. Warum legt die Verwaltung nicht gleich den Plan B mit anderen Zahlen vor, um die Lage zu entspannen?

**OB Hauschild** entgegnet, dass bisher der Plan B noch nicht vorliegt. Durch den Spielraum werden Aufgaben zurückgefahren werden müssen. Es können dann z. B. keine Straßen repariert werden. Gibt es keine Reparaturen, müsse man irgendwann damit rechnen, dass eine generelle Erneuerung nötig ist, was eine Folge wäre.

**StR Maaß** führt aus, dass die Elternvertretungen sich mit den Zahlen auseinandergesetzt haben. An einigen Zahlen wird gezweifelt. Diese Zweifel sollten ausgemerzt werden. Die Sitzung soll dazu dienen, dass diese durch die Verwaltung erläutert werden. An den Haushaltsbedingungen ist nicht die Stadt schuld. Es ist klar, dass der Haushalt zu einem frühen Zeitpunkt beschlossen werden soll. Dies kann aber nicht zu Lasten der Bürger gehen.

Der OB solle vor dem Stadtrat noch einmal die Fraktionsvorsitzenden zusammenrufen, um im Vorfeld der Sitzung noch zu einem gemeinsamen Beratungsstand zu kommen. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht, sonst sind am Ende Papiere auf dem Tisch, wo Zahlen angezweifelt werden.

**OB Hauschild** hat heute noch mit einer Dame vom Elternrat und Herrn Frolow und der Sachbearbeiterin für die Kalkulation ein Gespräch zu offenen Fragen geführt. Der Landkreis hat schon grünes Licht für die Zahlen gegeben. Jederzeit kann aber die Möglichkeit für ein Gespräch gesucht werden, um letzte Zweifel auszuschließen. Montag, 15 Uhr kann der Fraktionstermin stattfinden. Wenn der Haushalt nicht beschlossen wird, ist die Beantragung von Fördermitteln in Gefahr. Hiermit soll kein Druck bei den Stadträten aufgebaut werden. Es solle nur klargestellt werden, dass dann die verschiedensten Aufgaben nicht durchführbar sind.

**StR Lossack** bemängelt, dass das von der Verwaltung zur Verfügung gestellte Tabellenmaterial nicht sehr übersichtlich war. Dies solle nachvollziehbarer sein.

**StR Dr. Buchheim** resümiert, dass die Kostenerhöhungen den Mittelstand stark treffen. Er hat Vorschläge für anderweitige Einsparmöglichkeiten gemacht. Er denkt an das Amt, was von der Struktur her nicht in die Stadtverwaltung passt. Leider wurde der Antrag abgelehnt.

**StR Heeg** empfindet die bisherige Art der Beitragskalkulation als geeigneter als die neue nun vorgelegte Art. Die alte Kalkulationsart legte einen Sockelbetrag von 110 Euro zugrunde. Davon ist man nun abgegangen. Man solle zur alten Kalkulationsart zurückgehen.

**StR Dr. Buchheim** erteilt das Rederecht an die Gäste.

**Frau Höppner**, Stadtelterratsvorsitzende, dankt allen für das zahlreiche Erscheinen, um für die Sache zu kämpfen. Die Stadträte haben erkannt, was die Eltern schmerzt. Die Eltern möchten selbst bestimmen, wieviel Stunden sie ihre Kinder in die Betreuung geben. Einen 10-Stunden-Platz kann sich nicht jeder leisten. Dies betrifft insbesondere Arbeitspendler, für die diese Flexibilität wichtig ist. Das neue KiföG brachte keine Verbesserung. Die Personalschlüssel wurden heruntergesetzt. Somit bekommt man für mehr Geld eine schlechtere Qualität. Sie hatte heute das persönliche Gespräch mit dem Oberbürgermeister zum vorliegenden Zahlenmaterial. Dies ist in der momentanen Darstellung nicht ersichtlich. Heute mussten die Kinder zu Hause bleiben, weil das Erzieherpersonal erkrankt war. Das muss mit einkalkuliert werden. Der Elternrat solle mit einbezogen werden bei der Findung einer Lösung. Es bestehen z. B. auch Vorschläge für den Hortbereich von Seiten der Elternratsvertretung. Ebenso sollte es Gastkinder geben, auf die bisher nicht eingegangen wird, sowie eine flexible Betreuung im Hort auch während der Ferienzeiten. Viele würden es

bei niedrigeren Gebühren nutzen, die bisher diese Möglichkeit nicht ins Auge gefasst hatten.

**Patrick Mett** spricht auch die Pendlerproblematik an. Wie sieht es mit Zahlungen an den KuKaKö oder überhaupt für die Kultur aus? Hier werden einfach mal so 10.000 Euro überwiesen, wofür andere lange arbeiten müssen. Bei einem niedrigeren Einkommen sind solche Zahlungen für Eltern nicht zu leisten. Unsere Kinder sind die Steuerzahler von morgen. Dies solle auch berücksichtigt werden.

**Andrea Kamp** könne dann nur noch 6 Stunden arbeiten gehen, weil sie ihr Kind dann aus dem Kindergarten abholen muss, weil sie sich eine 10-Stunden-Betreuung nicht leisten könne. Man müsse sich überlegen, ob man noch in Köthen bleiben kann und noch Kinder hier in die Welt setzen könne.

**Marco Friedrich** spricht die Umlage der Küchennebenleistungen an. Dies erhöhe die Kosten noch einmal. Die Gesamtkosten für ein Kind bei einer 10-Stunden-Betreuung mit Vollverpflegung betragen dann 530 Euro. Das entspräche einer 54 %-igen Erhöhung.

**OB Hauschild** erläutert, dass die Änderungen im Hortbereich in der Sitzung des Hauptausschusses vorgelegt werden. KuKaKö bekommt die 10.000 Euro vom Landkreis und nicht von der Stadt. Was Kultur anbelangt, vollzieht diese Aufgaben die Köthen Kultur und Marketing GmbH. Hierzu wird heute der Kulturstättenvertrag in der Sitzung behandelt, wozu die Eltern gern mit anwesend sein können.

**Herr Frolow** führte bereits Verhandlungen mit dem Landkreis zu den Küchennebenleistungen. Diese gehören nicht mit zu den notwendigen Aufgaben und müssen separat umgelegt werden, wie es auch bei freien Trägern der Fall ist. Im nächsten Jahr werden die Verträge neu verhandelt mit dem Küchenbetreiber. Die Stadt unterliegt der Vergabeverordnung. Die Preise werden aber kulanter ausfallen als bisher angenommen.

**Steffi Peters** fragt nach, warum es nur Rabatte für Kindergartenkinder gibt und warum keine Höchstgrenze festgesetzt ist.

**StR Buchheim eröffnet die Abstimmung zum Antrag, beide Vorlagen an die Verwaltung zurückzuweisen, was einstimmig angenommen wird.**

Die Sitzung tritt von 19.55 Uhr bis 20 Uhr in eine Pause ein.

## **TOP 2.6 - Gesellschaftsvertrag der Köthen Kultur und Marketing GmbH (KKM)**

**StR Reisbach stellt einen Änderungsantrag zum Antrag der Stadt, die KKM an den Landkreis zu übertragen und die Stadt von allen Pflichten zu entbinden.**

Die Bachgesellschaft wurde nicht in die KKM übertragen. Man war der Meinung, dass diese eigenständig bleiben müsse. StR Reisbach übergibt an die Verwaltung 10 Fragen zur Klärung, welche bis zum Stadtrat beantwortet werden sollen.

**StR Maaß** ist der Auffassung, dass dies das Aus für die KKM und die Kultur im Schloss bedeuten würde. Jegliche Arbeitsgrundlagen wären entzogen. Die Vertragsverhandlungen waren auch beim letzten Mal schwierig. Das neue Konstrukt gibt dem Landkreis eine Stimmenmehrheit. Mit der Anhalt-Info hätte die Stadt ein Alleinstellungsmerkmal. Es sollten mindestens 4 Aufsichtsratssitzungen im Jahr stattfinden und nicht nur eine. Bei Entscheidungen sollten sich Stadtrat und Kreistag im Vorfeld abstimmen. StR Maaß spricht sich dafür aus, dass zum Antrag beschlossen werden solle.

**StR Lossack** ist der Meinung, dass der Landkreis sich nicht für die Kultur in Köthen

einsetzt. 7 Stimmen hat der Landkreis jedoch und der OB 2 Stimmen im Aufsichtsrat, welche das Zünglein an der Waage sein sollten. Warum haben die Gesellschafter kein Mitspracherecht, nur der Aufsichtsrat? Die Aufgabenstellung der KKM ist nicht ersichtlich. Die KKM legte zuletzt einen Wirtschaftsplan vor, wo die Zahlen nach unten gingen. Das ist Köthen nicht würdig.

**StR Reisbach** hat mit dem Kreistag gesprochen. Das damalige Theater gehörte auch zum Landkreis. Was sagt die Kommunalaufsicht überhaupt zu einem 10-Jahres-Vertrag?

**StR Dr. Buchheim** ist froh, dass auch Zahlungen vom Landkreis kommen. Dies solle man nicht gefährden.

**StR Müller** ist der Ansicht, dass alles durchgeprügelt wird, was wichtige Themen anbelangt, obwohl im Vorfeld genügend Zeit wäre für eine Diskussion. Ein 10-Jahres-Vertrag setze die Stadt unter Druck. Ist es richtig, dass der Landkreis die Personalkosten für 8 Mitarbeiter voll übernimmt? Man dürfe keine Entscheidung über das Knie brechen, sondern alles erst einmal durchsprechen. Was ist mit den 168.000 Euro monatlich?

**Herr Schuster** merkt an, dass alle Anwesenden die Möglichkeit gehabt hätten, ihn anzurufen und ein Gespräch mit ihm zu führen. Die 8 Mitarbeiter sind in den Museen tätig und werden natürlich durch den Landkreis bezahlt.

**Herr Frolow** erläutert, dass man eine Aufsichtsratserweiterung machen könne oder auch nicht. Man könne jedoch nicht mit lauter Kleinigkeiten in Sachen Vertrag noch einmal zum Landkreis gehen. Man bekomme keine Mehrheit in den Aufsichtsrat rein. Wenn Entscheidungen anstehen, würden sich jedoch der OB und der Landrat vorbereitend in ihren Gremien abstimmen. Die bestehenden vertraglichen Regelungen reichen aus. Mindestens 4 Aufsichtsratssitzungen anzusetzen, ist unproblematisch. Wegen der umsatzsteuerrechtlichen Prüfung könne man keine konkreten Aufgabenstellungen in den Vertrag aufnehmen. Es dürfe nicht so aussehen, dass die KKM Dienstleistungen gegen Geld erbringt. Die Stadt bedient sich der Gesellschaft. Die genannten 168.000 Euro gibt es jährlich, nicht wie fälschlich erwähnt, monatlich. Dies wird noch geändert. Bisher wurde das Landkreispersonal über Personalgestellungsverträge geregelt. Nun geht es wieder zum Landkreis zurück.

**StR Heeg** erklärt, dass der Stadtrat jederzeit in der Lage ist, Weisungen an den Vertreter der Gesellschafterversammlung zu geben. Die Aufgaben können nicht über die Rechte des Aufsichtsrates gehen.

**StR Müller** fehlen genaue Aussagen zu den Personalkosten im Vertrag.

**Herr Frolow** führt aus, dass der Landkreis komplett das von ihm gestellte Personal bezahlt. Die Personalkosten werden im Vertrag nicht konkret beziffert. Die Stadt gibt einen Gesamtzuschuss, der Rest kommt vom Landkreis.

**StR Maaß** merkt an, dass es ein ungeschriebenes Gesetz beim Landkreis ist, dass in regionalen Gremien auch nur regionale Leute sitzen. Man sieht nicht die Gefahr, dass die Interessen von Köthen untergehen.

**StR Lange** fragt nach, warum man 10 Jahre nimmt.

**OB Hauschild** bemerkt, dass es ein Wunsch des Landkreises war.

**Abstimmung zum Antrag von StR Reisbach, die KKM an den Landkreis zu übertragen**



**und die Stadt von allen Pflichten zu entbinden.**

**Abstimmung:**            1 Ja            10 Nein            0 Enthaltungen

Die Beratung tritt in von 20.40 Uhr bis 20.42 Uhr in eine Pause ein.

**Gesamtabstimmung zum Kulturvertrag:**

                 3 Ja            1 Nein            7 Enthaltungen

#### **TOP 2.7 - Anfragen und Anregungen öffentlicher Teil**

**StR Reisbach** fragt nach, ob die Willkommensinitiative in Köthen noch ein Büro hat.

**OB Hauschild** berichtet, dass Pfarrer Olejnicki derzeit nach einem Büro sucht.

**StR Heeg** spricht sich dafür aus, dass wichtige Themen zukünftig in mehreren Sitzungen vor Ausschüssen diskutiert werden, um besser zu einem Ergebnis kommen zu können und so mit gestärkten Argumenten in die Ausschüsse zu gehen.

**Ende öffentlicher Teil 20.44 Uhr**